

# parlamentsreport

04-2023

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

**4** Das Jahr der Transformation: Investitionen in die Zukunft Thüringens

**6** Das sind unsere 29: Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

**8** Thüringen. Überall gleich gut: Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen



## Neugierig bleiben

Das Jahr schreitet in gewohnter Schnelligkeit voran. Die Dinge, die es zu tun gibt - sei es im Privaten oder Politischen - sie türmen sich schneller auf, als einem lieb ist. Da bleibt die Zeit für Neues manchmal auf der Strecke. Doch Neugier und Offenheit brauchen wir, um anzupacken, was vor uns liegt. Klimawandel, demografische Herausforderungen und Willkommenskultur oder die Stärkung des Öffentlichen, weil der Markt in den letzten Jahren eben nicht alles geregelt hat, stehen da auf dem Zettel. Blockaden, weil einige meinen, dass früher alles besser war oder bleiben soll, wie es ist, können wir uns nicht leisten. Als LINKE im Thüringer Landtag begegnen wir den Aufgaben mit Offenheit und Neugier. Wir haben Vorschläge unterbreitet, wie wir notwendige Investitionen in die Energienetze tätigen oder den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft schaffen können. Mit der Idee zur Einrichtung einer Arbeitskammer setzen wir darauf, dass bei den umwälzenden Veränderungen all jene mitbestimmen können, die mit ihrer Arbeit den Laden am Laufen halten. Mit unseren Vorschlägen zur Änderung der Verfassung des Freistaates gehen wir konkret in die Diskussion, wie wir unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Als LINKE wissen wir, dass Offenheit und Neugier nur dann wachsen können, wenn Menschen sich über einen klammen Geldbeutel, ihre Zukunft oder ihre Gesundheit keine Sorgen machen müssen. Wir wollen deshalb die öffentliche Hand, gepaart mit finanziellen Entlastungen stärken, sei es in der Bildung, der medizinischen Versorgung oder der Verwaltung. Das bedeutet auch, Strukturen neu zu denken und gewohnte Pfade zu verlassen. Wir laden Sie dazu ein, diese neuen Pfade gemeinsam mit uns offen und neugierig zu gestalten.

*Christian Schaft, MdL und Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung.*





# Neuer Bürgerenergiefonds für demokratische Energiewende

## Ermächtigung gegen dominierende Investoren

Kürzlich startete das Förderprogramm ‚Bürgerenergiefonds‘, welches Bürgerenergiegenossenschaften in der Planungs- und Startphase neuer Projekte mit bis zu 200.000 Euro unterstützt. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Markus Gleichmann: „Die Energiewende muss dezentral erfolgen und demokratisiert werden, dabei können Bürgerenergiegenossenschaften einen wesentlichen Beitrag leisten. Mit Genossenschaften übernehmen Bürger:innen gemeinschaftlich Verantwortung, sowohl für die lokale Produktion ihrer eigenen Energie als auch für die Energiewende im Kampf gegen den Klimawandel.“

Thüringen sozial und ökologisch zu gestalten ist der politische Anspruch

der Regierungskoalition von Rot-Rot-Grün. Zur Sicherung der Zukunftsperspektiven ist die Umstellung der Wirtschafts- und Energieversorgung auf ein zukunftsfähiges, der Nachhaltigkeit und Klimaneutralität verpflichtetes System essentiell. Diese Transformation kann nur dann gelingen, wenn sie mit den Menschen gemeinsam gestaltet wird.

„Beim Bau von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien müssen die Einwohner:innen in die Entscheidungen mit eingebunden werden, nur dann können sie Akzeptanz genießen. Mit dem Bürgerenergiefonds werden Bürger:innen ermächtigt, sich gegen kapitalstarke Investor:innen zu behaupten und die Gewinne bleiben vor Ort. Als Kombination von gesellschaft-

licher und wirtschaftlicher Teilhabe fördern Genossenschaften die krisenfesten und demokratische Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“, wirbt Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE für das Förderprogramm.

Bürgerenergiegenossenschaften, also der Zusammenschluss von mehreren Bürger:innen, unter möglicher Beteiligung von Kommunen, sorgen durch ihre Initiative dafür, dass Entscheidungsmacht und Gewinne nicht bei großen Konzernen, sondern in den Händen der Bürger:innen vor Ort liegen. Das sorgt für Akzeptanz und Basisdemokratie in der Energieversorgung. Genossenschaften übernehmen gemeinschaftlich Verantwortung, sowohl für die lokale Produktion ihrer Energie als

auch für die Energiewende. Als Kombination von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe bieten Genossenschaften viel Potenzial für die krisenfesten und demokratische Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Für die Genossenschaften (und Unternehmen) im Freistaat besteht die Möglichkeit, ein Mikrodarlehen von bis zu 35.000 Euro in den ersten acht Jahren des Bestehens zu erhalten. Die Förderung durch beide Richtlinien erfolgt über die Thüringer Aufbaubank (TAB).



BürgerEnergie.Lokal und demokratisch · Die Themenseite:  
[www.die-linke-thl.de/themen/buergerenergie/](http://www.die-linke-thl.de/themen/buergerenergie/)

## Europapolitik in Thüringen umsetzen

### Markus Gleichmann beim Ausschuss der Regionen in Brüssel

Digitale Sicherheit, Energie, Fachkräftebindung und der Umgang mit kritischen Rohstoffen standen unter anderem auf der Tagesordnung des Februarplenums des Ausschuss der Regionen, an dem Markus Gleichmann, Sprecher für Europapolitik der Fraktion DIE LINKE teilnahm. „Es sind die „großen“ Fragen, die in Brüssel besprochen werden. Die Regionen und Kommunen Europas sind bei der Umsetzung jedoch der Schlüssel. Daher ist die Beteiligung wichtig“, erklärt der Abgeordnete.

Mit der zunehmenden Digitalisierung werden auch Demokratisierungsprozesse einfacher und so war es möglich die Vorlagen zu diskutieren und abzustimmen. Ein inklusiver digitaler Wandel in städtischen und ländlichen Gebieten erfordert mehr Investitionen in die Netzinfrastruktur und eine bes-

sere Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen und der Mitgliedstaaten untereinander.

17 Ziele für nachhaltige Entwicklung wurden in der Plenarsitzung diskutiert. Gleichmann betonte, dass diese „Agenda 2030“ bei zielgerichteter Umsetzung einen starken Entwurf für eine gemeinsame Zukunft in Wohlstand bildet. Als gutes Beispiel nannte er die Thüringer Energie- und Greentech Agentur der Landesregierung, die dazu eine Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Bevölkerung bildet. In einem weiteren Redebeitrag unterstrich er das dringend erforderliche Ausbildungsstrategie für Fachkräfte, die „Fit for 55“ umsetzen sollen sowie den Fokus auf Ausbau von grenzübergreifenden Verteilernetzen, um die Speicherfrage nachhaltig anzugehen.



**Markus Gleichmann beim Ausschuss der Regionen in Brüssel**

Der Ausschuss ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten Vertreter:innen aller 27 Mitgliedsländer zusammensetzt.



# Weiter kämpfen für Rentenansprüche

Karola Stange erklärt, warum DIE LINKE einen „Gerechtigkeitsfonds“ fordert

**Lange haben Ostdeutsche um die Anerkennung und Auszahlung ihrer DDR-Zusatzrenten gekämpft. Dabei geht es um bestimmte Rentenansprüche, die zu DDR-Zeiten erworben und 1991 nicht ins bundesdeutsche System übernommen worden sind. Dies sind z. B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post sowie Rentenansprüche von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen.**

**Seit Anfang 2023 können Betroffene der unzureichenden Rentenüberleitung nun Anträge auf eine Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro stellen. Das Geld wird aus einem geplanten Härtefallfonds zur Verfügung gestellt. Neben ehemaligen DDR-Bürger:innen ist dieser auch für bedürftige Spätaussiedler:innen und jüdische Kontingentflüchtlinge offen. Der Haken: Der mit 500 Millionen Euro ausgestattete Härtefallfonds ist mit strengen Vorgaben versehen, wer anspruchsberechtigt ist und wer nicht. Viele betroffenen Personen- und Berufsgruppen werden mit diesen Vorgaben nicht oder nur unzureichend bedacht. Wir sprechen mit der rentenpolitischen Sprecherin Karola Stange dazu.**

## **Karola Stange:**

Mit dem 9. November 1989 wurde das damalige Rentengesetz neu auf den Weg gebracht. Und auf einmal mussten viele Millionen DDR-Bürger:innen mitbedacht werden, für die das Rentengesetz aber überhaupt nicht gestrickt war. Das führte dazu, dass in den 1990er-Jahren die Büros der damaligen Abgeordneten und Mitarbeitenden randvoll besetzt waren: Es saßen unterschiedliche Personengruppen bei uns und haben mit uns gemeinsam ihren Rentenbescheid angeschaut und viele Fragen gehabt. Das Thema Rente und die Änderung der gesetzlichen Grundlagen ist eine Änderung, die so oft in den zurückliegenden 30 Jahren auf den Weg gebracht werden sollte, dass man zum Schluss gar nicht mehr durchsah. Das heißt, es ging meiner Mei-

„Wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht an Armut leiden. Und das wird mit dem Umgang der Bundesregierung nicht gewährleistet.“

## **Karola Stange**

Rentenpolitische Sprecherin

nung nach nie um eine Verbesserung für Betroffene, sondern es ging so, wie ich es heute einschätzen würde, immer darum, wie die Bundesrepublik Deutschland weiterhin durch das Rentenrecht Geld sparen kann. Und das kann nicht sein. Deshalb treibt mich das Thema bis heute um. Die Proteste aus den 90er-Jahren haben dazu geführt, dass ganz viele aus den unterschiedlichsten Personen- und Berufsgruppen in den unterschiedlichsten Rentenzweigen angefangen haben, sich zusammen zu finden und zu klagen. Als Reaktion auf die Proteste ist Recht gesprochen worden, aber nur für einzelne Personengruppen. Das Gesetz wurde geändert, sodass manche Menschen mehr Rente bekamen, aber eben nicht alle. Die heute noch 17 vorhandenen Gruppen, von denen wir anlässlich der Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag ansatzweise gesprochen haben, haben kein Recht bekommen. Und die jetzige Bundesregierung hat nun für sich diese abschließende Lösung mit dem Fonds gefunden und hakt das Thema damit quasi ab.

## **Parlamentsreport:**

Was hältst du von dem Fonds?

## **Karola Stange:**

Für mich ist die Lösung das Allerletzte. Denn mein Fokus liegt auf den DDR-Geschiedenen. Die haben sich wirklich organisiert, sie haben sich zusammengeschlossen in einen Verein und sie werden nicht ausreichend bedacht.

## **Parlamentsreport:**

Das sind meistens Frauen. Kann man das so sagen?

## **Karola Stange:**

Ja, es geht hauptsächlich um die geschiedenen Frauen, denn sie haben jahrelang für Gerechtigkeit gekämpft. Sie haben den Bundestagsabgeordneten, egal welcher Parteien, immer und immer wieder geschrieben und ihr Thema mitgeteilt. Man bedenke auch das persönliche Erleben dieser Frauen: Dass sie den Männern mit denen

sie verheiratet waren, den Rücken freigehalten haben, damit diese zu DDR-Zeiten Karriere machen konnten. Dann ging die Ehe auseinander und sie haben für die Jahre in denen sie nicht gearbeitet haben, sondern für die Familie und für ihre Ehepartner zuhause geblieben sind, keinen Ersatz erhalten. Der Einigungsvertrag hat sie einfach vergessen. Das muss man einfach mal sagen. Die Lösung der Bundesregierung hat so viele Einschränkungen: Man muss vor 1953 geboren, wenigstens zehn Jahre verheiratet gewesen sein und ein Kind erzogen haben. Dann kann man zweieinhalbtausend Euro auf Antrag bekommen. Aber nur die Menschen, die weniger als 830 Euro Rente bekommen. Das ist die Lösung für einen jahrzehntelangen Kampf. Das kann doch nicht wahr sein, dass diese Arbeit, dieses engagierte Kämpfen für Gerechtigkeit damit abgespeist wird. Zudem: Fonds ist nur für ungefähr elftausend Thüringer:innen vorgesehen.

Es gibt keine Gerechtigkeit, wenn nur eine Gruppe einzelner Menschen eine kleine Einmalzahlung erhält und der Großteil der Gruppen nicht beachtet wird. Das macht mich wütend.

## **Parlamentsreport:**

Und was ist die Forderung der DIE LINKE?

## **Karola Stange:**

Wir haben als LINKE unterschiedliche Gesetzesvorschläge als Lösungen auch für DDR Geschiedene oder auch für die anderen offenen Gruppen vorgelegt. Die letzte Forderung ist, einen Gerechtigkeitsfonds auf den Weg zu bringen, in den noch mal Gelder eingestellt werden für alle betroffenen Personen- und Berufsgruppen, die bis heute nicht bedacht wurden. Mit Steuermitteln, das heißt mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt, um dann den Menschen eine Einmalzahlung geben zu können. Wer sein Leben lang gearbeitet hat darf im Alter nicht an Armut leiden. Das ist mit dem jetzigen Fonds nicht gegeben. Das letzte Wort darf deshalb nicht gesprochen worden sein.



# „In die Zukunft zu investieren heißt, in Nachhaltigkeit investieren“

Herausforderungen gemeinsam und solidarisch angehen

Die letzten Jahre waren politisch vom Krisenmodus und -management geprägt.

**2023 soll für DIE LINKE im Thüringer Landtag das Jahr der Transformation werden.**

Zur Bewältigung der drastischen Auswirkungen der Klimakatastrophe, der damit verbundenen notwendigen Energiewende und des demografischen Wandels braucht es **präventives Gestalten mit Blick auf die Zukunft Thüringens**. Diese Herausforderungen erfordern grundsätzliche Weichenstellungen und gemeinsames vorausschauendes Handeln, um die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität des Landes sicherzustellen. Nun bedarf es Investitionen in die nachhaltige Energieerzeugung, die Energienetze und die Transformation vieler Wirtschaftszweige. Bei allen Veränderungen müssen die jetzigen und zukünftige Arbeitnehmer:innen eingebunden werden und Mitspracherechte haben.

## Zukunftsinvestitionen

Zukunftsinvestitionen von Unternehmen brauchen den notwendigen rechtlichen und wirtschaftsfördernden Rahmen. Bereits mit dem Sondervermögen zur Bewältigung der Energiekrise Ende 2022 hat der Thüringer Landtag 30 Millionen Euro für Nachhaltigkeitsinvestitionen bereitgestellt. **Förderprogramme wie diese muss es auch darüber hinaus geben**, um besonders kleine

und mittlere Unternehmen bei den notwendigen **Umstellungen im Bereich der Dekarbonisierung** zu unterstützen. Hier braucht es aber auch gesetzliche Anpassungen, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Errichtung erneuerbarer Energien zu vereinfachen und zu beschleunigen. Für das Gelingen dieser Transformation ist die Mitwirkung der kommunalen Versorgungsunternehmen essentiell, denn die Betriebe sind für die Transformation auf die entsprechende Infrastruktur angewiesen.

Für die **Umstellung auf regenerative Energieträger und eine Dezentralisierung der Stromerzeugung** braucht es den Ausbau der Energienetze. Genauso wichtig wie der Ausbau der Netze ist es, den Energiebedarf gesamtwirtschaftlich zu reduzieren. Die Thüringer Aufbaubank (TAB) muss die kommunalen Unternehmen bei diesen Schritten fördern. Die TAB soll in diesem Sinne befähigt werden, die Kommunen bei rentierlichen Einsparungsmaßnahmen in Form von Investitionen, wie zum Beispiel der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, zu unterstützen.

## Demokratischer Wandel

Mit dem demografischen Wandel steht Thüringen vor der nächsten großen Herausforderung der kommenden Jahre. Bis zum Jahr 2024 werden 250.000 weniger Personen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung stehen. Um Thüringen als Arbeitsstandort zu attraktivieren und Nachwuchs zu ge-

winnen, muss das Land das **System der Bildung und Ausbildung reformieren** sowie die Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen stärken. Mit dem dringend notwendigen Entwurf zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes wollen die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen den Übergang von der Schule zur Arbeit durch praxisorientierte Bildung vereinfachen und fördern. Dazu sollen an **Regel- und Gemeinschaftsschulen praxisbezogene Lernformen in den Unterricht integriert** werden und Schulen mit Betrieben vor Ort kooperieren.

Um die Ausbildungsbedingungen weiter zu verbessern, Barrieren zwischen Betrieben und potentiellen Auszubildenden abzubauen und die auszubildenden Betriebe zu unterstützen, **schlägt DIE LINKE Fraktion einen Ausbildungsfonds** vor. Mit der Umlage zugunsten ausbildender und kleiner Betriebe sollen zudem die Ausbildung für Betriebe attraktiviert und die Versorgung mit Fachkräften gesichert werden.

## Mitbestimmung wahren

Die Transformation betrifft Betriebe allerdings nicht nur auf Arbeitgeber:innenseite, sondern auch deren Arbeitnehmer:innen. Eine starke Arbeitnehmer:innenvertretung ist wichtig, um Mitbestimmung beim Transformationsprozess zu wahren und den Thüringer Arbeitsmarkt langfristig zu stärken. Dazu schlägt die Fraktion DIE LINKE vor, eine **Arbeitskammer in Thüringen** zu schaffen, welche analog zur In-

dustrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer und in Kooperation mit den Gewerkschaften ergänzend die Interessen der Arbeiter:innen gegenüber der (Landes-)Politik vertritt und auch als Brückenfunktion zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen dienen kann. Diese soll zudem bei der **Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden mitwirken und die Integration in den Arbeitsmarkt von arbeitssuchenden Migrant:innen fördern**, wodurch deren bestehende fachliche Kenntnisse besser nutzbar und zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden.

**Die vielen Krisen zeigen Fehlstellen auf dramatische Art und Weise auf, die seit vielen Jahren und Jahrzehnten bekannt sind.**

DIE LINKE im Thüringer Landtag stellt sich diesen Herausforderungen und lädt zur konstruktiven Auseinandersetzung ein. Grundlage für die Zusammenarbeit ist, dass **Lösungswege auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und zum Wohle aller dem friedlichen Zusammenleben dienen**. Dazu liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch, die es nun zu diskutieren und auszuarbeiten gilt. Politik nur für die nächste Schlagzeile, oder gar zur Spaltung, ist dabei fehl am Platz. Nur so können der erforderliche Wandel aktiv gestaltet, Mitbestimmung gesichert und negative Folgeeffekte verhindert werden.

# Änderung der Thüringer Verfassung

Fraktion DIE LINKE fordert zur baldigen Umsetzung auf

Im Jahr 2020 ist die rot-rot-grüne Landesregierung mit einem Entwurf zur Änderung der Thüringer Verfassung in die Diskussionen gegangen. Vielen Fraktionen des Thüringer Landtages haben dafür Änderungsvorschläge eingebracht. Zur Bearbeitung wurde im Thüringer Landtag ein Verfassungsausschuss eingesetzt. Stets verbunden mit der Ernsthaftigkeit, am Ende auch das Ziel zu verfolgen, eine Verfassungsänderung vorzunehmen. Dort, wo es notwendig war, wurde zwischen den Fraktionen eine Reihe von Anhörungen durchgeführt. Viele Beteiligte haben sich eingebracht. Trotzdem gibt es bislang keine finale Einigung dazu, wie die Landesverfassung ergänzt werden soll. Die Fortführung des Prozesses wollte der Fraktionsvorsitzende Steffen Dittes nun mit einer offiziellen Pressekonzferenz anstoßen.

Steffen Dittes betonte, dass auch die Öffentlichkeit bereits Forderungen zur Änderung der Verfassung erhoben habe, wie beispielsweise der Landessportbund und der Feuerwehr Verband. Auch andere Experten hätten sich bereits umfangreich mit ihrer Meinung in diesen Prozess eingebracht. Mit den Anhörungen und den daraus resultierenden Ergebnissen müsse man nun endlich umgehen. „Wir können nur weiterhin glaubwürdig sein, wenn wir als Fraktionen Dinge umsetzen und nicht nur beschließen. Ich glaube, es sind wichtige Diskussionen, die dazu geführt wurden. Aber wir werden uns gerade bei den gegenwärtig politisch strittigen Themen nicht mehr einig werden. Man sollte nicht versuchen, dort Einigung zu erzielen, wo die Positionen wirklich weit auseinanderliegen. Aber es gibt mehrere Vorschläge, bei denen unsere Positionen nahe sind. Deshalb glauben wir, dass die Verfassung in diesen Punkten noch in dieser

Legislaturperiode geändert werden könnte und sollte“, erklärt Steffen Dittes.

Ein anderer Aspekt ist Dittes zufolge jedoch, dass es zwischen den drei Koalitionsfraktionen und der CDU bereits eine Einigung bei fünf Punkten gegeben hatte, die dann aber von der CDU widerrufen worden sind. Es täte sich also der Zweifel auf, ob die CDU überhaupt noch bereit sei, ein politisches Signal mit den Koalitionsfraktionen zu senden. Diese Situation werde in Richtung Wahlkampf gesehen auch nicht entspannter. „Die CDU sollte hier endlich Klarheit schaffen“, so Dittes.

Ein paar Punkte würden auch Staatsziele berühren, weshalb entsprechende Umsetzungsschritte diskutiert werden müssen. Gerade bei diesen Fragen könne man nicht noch länger warten:

**1. Konnexität auf den Weg bringen.** Das „Ausführungsgesetz“ besagt, dass die für eine Aufgabe zuständige staatliche Ebene (in dem Fall das Land) auch für die Wahrnehmung der Aufgabe verantwortlich ist.

**2. Notfallverordnungen einbauen,** um auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können.

**3. Initiativrecht als erste und niedrigste Schwelle der Demokratie:** Das Antragsrecht schließt Belange der Bürgerinnen und Bürger direkt mit ein.

Diese und andere Änderungen wären wichtige Signale an die Bevölkerung des Freistaates, für die sich Ehrenamtliche seit Jahren einsetzen. Es gibt noch weitere Vorschläge wie die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Stärkung des Ehrenamtes. Oder Nachhaltigkeit als Staatsziel in die Verfassung einzubringen, was eine starke Bindungswirkung hätte. Ebenso wäre der Ausbau von ÖPNV für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse notwendig. „Wenn wir hier nicht zu einer Einigung im Par-



Anja Müller bei einer Rot-Rot-Grün Veranstaltung im Thüringer Landtag

Zum Thema: „Thüringen in guter Verfassung? Neue Grundwerte und Staatsziele für unser Zusammenleben“, im Oktober 2022

„Im Jubiläumsjahr der Thüringer Verfassung dürfen wir die Erwartungshaltung der Menschen, die mit uns gemeinsam für eine Modernisierung stehen, nicht mit Füßen treten. Jetzt ist Zeit zu agieren!“

Anja Müller  
Verfassungspolitische Sprecherin

lament kommen, wäre es zumindest daran, diese Themen weiter zu diskutieren. Möglicherweise auch im Rahmen eines Werkstattprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern“, erklärt Dittes weiter. Die Änderung der Thüringer Verfassung könne noch in diesem Jahr im Plenum des Thüringer Landtages abgestimmt werden. „Es liegt alles da, es muss jetzt nur noch politisch vereinbart werden, damit wir es auch umsetzen können!“



Mehr zum Verfassungsausschuss im Thüringer Landtag:  
[www.thueringer-landtag.de/landtag/ausschuesse-gremien](http://www.thueringer-landtag.de/landtag/ausschuesse-gremien)



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

## Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag.

Die Fraktion ist nach dem paritätischen Prinzip zusammengesetzt. Das heißt, dass es eine gleichberechtigte Verteilung von Frauen und Männern auf den Abgeordnetenplätzen geben muss. Die 7. Wahlperiode begann im November 2019 für unsere Abgeordneten. Seit 2021 stellt Steffen Dittes den Fraktionsvorsitzenden. Bodo Ramelow ist Ministerpräsident von Thüringen und regiert in einer rot-rot-grünen Koalition seit sechs Jahren das Bundesland.

DIE LINKE ist die einzige der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir machen Politik vor allem für Menschen und nicht für Großkonzerne. So machen wir's gerecht!



**Steffen Dittes**

Geb. 1973  
**Fraktionsvorsitzender;**  
Wahlkreisbüro: Weimar.



**André Blechschmidt**

Geb. 1957  
Parlamentarischer Geschäftsführer, **Medienpolitik;**  
Wahlkreisbüro: Erfurt.



**Ronald Hande**

Geb. 1977  
Stellvert. Fraktionsvorsitzender, **Haushalts- und Finanzpolitik;**  
Wahlkreisbüro: Hildburghausen, Schmalkalden.



**Birgit Pommer**

Geb. 1959  
**Präsidentin des Thüringer Landtags;**  
Wahlkreisbüro: Bleicherode.



**Katja Maurer**

Geb. 1991  
Stellvert. Fraktionsvorsitzende, **Umwelt, Klima- und Tierschutz;**  
Wahlkreisbüro: Erfurt.



**Katja Mitteldorf**

Geb. 1985  
Stellvert. Fraktionsvorsitzende, **Kulturpolitik, Religionsfragen und Aufarbeitung;**  
Wahlkreisbüro: Nordhausen.



**Karola Stange**

Geb. 1959  
Stellvert. Fraktionsvorsitzende, **Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales;**  
Wahlkreisbüro: Erfurt.



**Patrick Beier**

Geb. 1993  
**Migrationspolitik, Ostkonferenz und Verbraucherschutz;**  
Wahlkreisbüro: Schmalkalden-Meiningen.



**Sascha Bilay**

Geb. 1979  
**Kommunalpolitik und Innenpolitik;**  
Wahlkreisbüro: Gotha.



**Cordula Eger**

Geb. 1972  
**Familie und Senioren;**  
Wahlkreisbüro: Bad Langensalza, Mühlhausen.



**Kati Engel**

Geb. 1982  
**Kinder- und Jugendpolitik, Suchtprävention;**  
Wahlkreisbüro: Eisenach.



**Markus Gleichmann**

Geb. 1986  
**Energie- und Europapolitik;**  
Wahlkreisbüro: Hermsdorf, Kahla.



**Lena Saniye Güngör**

Geb. 1993  
**Arbeits- und Gewerkschaftspolitik;**  
Wahlkreisbüro: Apolda, Jena.

**Ralf Kalich**

Geb. 1961  
**Landesentwicklung;**  
 Wahlkreisbüro: Pößneck.

**Katharina König-Preuss**

Geb. 1978  
**Antifaschismus und  
 Antirassismus;**  
 Wahlkreisbüro: Saalfeld.

**Knut Korschewsky**

Geb. 1960  
**Sport- und Tourismuspolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Sonneberg.

**Ute Lukasch**

Geb. 1961  
**Wohnungspolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Schmölln, Greiz.

**Dr. Gudrun Lukin**

Geb. 1954  
**Verkehr und Mobilität;**  
 Wahlkreisbüro: Jena.

**Dr. Iris Martin-Gehl**

Geb. 1956  
**Justizpolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Sömmerda.

**Anja Müller**

Geb. 1973  
**Verfassung, Demokratie und  
 Petition;**  
 Wahlkreisbüro: Bad Salzungen.

**Ralf Plötner**

Geb. 1983  
**Gesundheitspolitik und Pflege;**  
 Wahlkreisbüro: Altenburg.

**Bodo Ramelow**

Geb. 1956  
**Mitglied der Fraktion**  
 Wahlkreisbüro: Erfurt.

**Daniel Reinhardt**

Geb. 1986  
**Frühkindliche Bildung und Aus-  
 bildungspolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Gera.

**Christian Schaft**

Geb. 1991  
**Wissenschaft, Hochschule und  
 Forschung;**  
 Wahlkreisbüro: Ilmenau.

**Andreas Schubert**

Geb. 1970  
**Wirtschaftspolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Gera.

**Donata Vogtschmidt**

Geb. 1998  
**Katastrophenschutz und  
 Feuerwehr;**  
 Wahlkreisbüro: Sondershausen.

**Dr. Marit Wagler**

Geb. 1983  
**Landwirtschaft, Forsten und  
 technischer Umweltschutz;**  
 Wahlkreisbüro: Heilbad Heiligen-  
 stadt.

**Philipp Weltzien**

Geb. 1987  
**Netzpolitik, Digitalisierung und  
 Datenschutz;**  
 Wahlkreisbüro: Suhl.

**Torsten Wolf**

Geb. 1968  
**Bildungspolitik;**  
 Wahlkreisbüro: Jena.

# THÜRINGEN



**ÜBERALL  
GLEICH GUT.**

Die über zwei Millionen Thüringerinnen und Thüringer leben in 631 Städten und Gemeinden Thüringens. Während die Bevölkerung in den großen Städten Thüringens wächst, wird die Anzahl der Bewohner:innen in den ländlich geprägten Regionen in den nächsten Jahren weiter deutlich abnehmen. Die Entscheidung über die Wahl des Lebensortes wird dabei von vielen Faktoren bestimmt, die zusammen über die Lebensqualität entscheiden. Der Zugang zu Arbeit, Bildung und

gesundheitlicher Versorgung ist dabei ebenso entscheidend wie Mobilität, Wohnraum, kulturelle und soziale Angebote sowie Erholungsmöglichkeiten. Nicht alle Angebote werden an jedem Ort in gleichem Maß und Umfang vorhanden sein können. Sogenannte **zentrale Orte** erfüllen hier eine wichtige Funktion für das Umland, wie umgekehrt auch **kleinere Gemeinden** und die Natur- sowie Kulturlandschaft des ländlichen Raumes das Leben in Thüringen unverzichtbar bereichern. Dennoch beklagen viele Menschen in Thü-

ringen bestehende unterschiedliche Lebensmöglichkeiten in den Städten einerseits und in den Dörfern und Gemeinden andererseits.

Politisches Ziel der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ist es, für gute Lebensverhältnisse in Thüringen zu sorgen, so dass Menschen frei von ökonomischen oder strukturellen Zwängen über ihren Lebensort und den ihrer Kinder entsprechend ihrer persönlichen Vorstellungen entscheiden können. **„Wir wollen die Dinge gemeinsam denken und nicht separat.** Um

symbolisch zu sprechen: Um ein Haus zu bauen, müssen nicht nur die Einzelteile aufgebaut werden. Es braucht den Bauplan dahinter, der alle Einzelteile miteinander verzahnt. Mit der Kampagne wollen wir genau das Themen miteinander verknüpfen“, so Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes.

Für den ländlichen Raum bedeutet das konkret, Nachteile und Hürden abzubauen, die dort lebenden Menschen eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder verhindern.



## Medizinische Grundversorgung

Ärzteversorgung und Pflegeangebote für alle verfügbar machen

„Thüringen überall gleich gut“ meint, dass jedweder Zugang zu Versorgungsstrukturen für ausnahmslos alle Menschen in Thüringen dauerhaft gesichert ist. Für das Gesundheitswesen besteht hier weiterhin Handlungsbedarf, was durch den besonders hohen Fachkräftebedarf verstärkt wird. Zudem macht der demografische Wandel eine Anpassung der Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur in Thüringen in den kommenden Jahren notwendig. Der Werkstattprozess „ZUKUNFT.GESUNDHEIT. THÜRINGEN. 2030“ setzt sich in mehreren Themenschwerpunkten mit diesen Fragestellungen auseinander. Im Austausch mit den Akteur:innen der Gesundheitsversorgung werden notwendige Entwicklungen und Herausforderungen des Gesundheitswesens analysiert, diskutiert und Lösungen erarbeitet.

Ziel ist eine **Neuorientierung und grundlegende Umgestaltung im Gesundheitswesen**, wozu beispielsweise auch die Rekommunalisierung der Infrastruktur diskutiert werden muss. In der ersten Phase wird die Landeskrankenhausplanung behandelt: In Thüringen soll kein Krankenhaus geschlossen werden. Stattdessen wollen wir uns dafür stark machen, dass der Bund mehr finanzielle Mittel für die Krankenhäuser zur Verfügung stellt.

Zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sollen **digitale Projekte der so genannten Telemedizin** gefördert werden. Zum Ausbau von „Gesundheitsnetzwerken“, in denen eine patientenorientierte, sektorübergreifende Versorgung organi-

siert werden kann, muss die Digitalisierung der Krankenhäuser beschleunigt werden. Das **Projekt „Landengel“** soll ein Versorgungsmodell zur bedarfsorientierten Gesundheitsgrundversorgung initiieren, welches die Lebensqualität auf dem Land durch ein lokales Gesundheits-, Pflege- und Versorgungsnetzwerk gewährleistet. Es ermöglicht die Pflege, Altenhilfe und das Wohlfahrtswesen in ländlichen Regionen und bekämpft soziale Isolation.

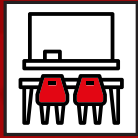
Da 80 Prozent der Pflege von Angehörigen geleistet wird, unterstützen wir diese mit dem **Projekt „AGATHE“** und bauen die gesellschaftliche Teilhabe der Pflegebedürftigen weiter aus. Um dem hohen Fachkräftebedarf in der Pflege gerecht zu werden, müssen diese gebührend anerkannt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu streben wir ein Personaluntergrenzengesetz, die Überarbeitung der generalisierten Pflegeausbildung, die Überarbeitung des Pflegegradsystems sowie die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in der Pflege an.

Zudem wollen wir einen **Landespflegeplan für Thüringen** entwickeln, der Handlungsfelder in der Versorgungsstruktur offenbart um eine gleichwertige Pflegeversorgung in Thüringen zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle und eine Vollversicherung im Bereich Pflege ein, um allen Menschen eine medizinische Betreuung und angemessene Gesundheitsvorsorge zu ermöglichen.



**Bild oben:** Ministerin Heike Werner und Ralf Plötner in Sömmerda  
**Bild unten:** Veranstaltung zur medizinischen und pflegerischen Grundversorgung





# Gute Bildung braucht Struktur

Bildungsangebote müssen genutzt werden können

Thüringen ist Kindergartenland. Diese Aussage begründet sich im „Vater“ des Kindergartens und Vordenker der Kleinkindpädagogik, Friedrich Fröbel, der in Oberweißbach im Thüringer Wald geboren ist. Das Konzept Fröbels verbreitete sich in der ganzen Welt und beinhaltet noch heute gelebte Ansätze. Unter diesem Erbe bleibt für uns als Fraktion DIE LINKE das Ziel, die bestmögliche **frühkindliche Bildung** zu gewährleisten. Umgesetzt mit einem bedarfsgerechten **Personalschlüssel**, der Möglichkeit der zehn Stunden-Betreuung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr und einer schrittweisen Abschaffung der Kindergartengebühren sowie **Bildung kostenfrei** zu ermöglichen.

**„Nicht nur der Kindergarten soll beitragsfrei werden, sondern die komplette Bildung“**

Hierzu sind wir in den letzten Jahren wichtige Schritte gegangen, die wir weiter fortsetzen wollen. Damit sich Thüringer Familien auch in der Zu-

kunft auf gute Bildungs- und Betreuungsangebote in den Kindergärten verlassen können, ist es notwendig, dass die Landespolitik weiterhin agiert: **Praxisorientierte Ausbildung** sichert den Fachkräftenachwuchs und wertet den Beruf auf, Investitionen in die Gebäude und Ausstattung sowie Verbesserungen im Personalschlüssel zur Entlastung der Beschäftigten und Sicherung der Betreuungsangebote. Nicht nur der Kindergarten soll beitragsfrei werden, sondern die komplette Bildung. Das heißt auch, dass wir **Hortgebühren abschaffen** wollen bis hin zu der **Abschaffung des Semesterbeitrages an den Universitäten und Hochschulen**. Auch die Schulgebühren im Sozial- und Gesundheitsbereich gehören für uns abgeschafft.

**Bildung ist ein sozialer Prozess.** Bildung kann an unterschiedlichsten Orten und zu vielfältigen Gelegenheiten stattfinden. Aus diesem Grund braucht es **Angebote für Kinder und Jugendliche** vor Ort. Gerade im ländlichen Raum braucht es eine Infrastruktur, die Kindern und Jugendlichen ermöglicht, Bildungsangebote wahrzunehmen. Hier nehmen **die Ganztagsangebote in den Schulen, die örtlichen Bibliotheken, Musikschulen**

**und Freizeitangebote** eine wichtige Funktion wahr. Dezentrale Angebote der Kinder- und Jugendhilfe im ländlichen Raum wollen wir stärken. Wenn die Angebote allerdings nicht zu den Jugendlichen kommen, dann muss wenigstens die Möglichkeit bestehen, mit dem öffentlichen Nahverkehr zu den Angeboten zu fahren.

In den letzten drei Jahren mussten die Thüringer Schulen verschiedene, teils neue und teils bekannte, Herausforderungen meistern. Aufgabe von Bildungspolitik ist, die Schulen bestmöglich bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben zu unterstützen, natürlich auch auf gesetzlicher Basis. Im Herbst 2022 haben die Regierungsfractionen von Rot-Rot-Grün einen **Entwurf für Änderungen im Schulgesetz** im Landtag eingereicht. Aktuell werden Anhörungen und Diskussionen im Ausschuss behandelt, bevor der Entwurf in diesem Jahr im Landtag beschlossen werden soll.

In den Anhörungen haben Schüler:innen- und Elternvertretung, Gewerkschaften, wissenschaftliche Institutionen und andere mit Bildungspolitik befasste Stellen Gelegenheit, ihre Meinung zu den geplanten Änderungen zu äußern und Veränderungen am Ent-

wurf vorzuschlagen. „Unser Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes greift eine Reihe von Fragen und Problemen auf, die sich u.a. auch während der Corona-Pandemie gezeigt haben. Ziel ist es, unsere Schulen in ihrer Arbeit besser zu unterstützen“, so Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**„Mit unseren Vorschlägen haben wir tatsächlich die Möglichkeit, moderne Lernformate an allen Schulen umzusetzen.“**  
Torsten Wolf



## Ein offenes Ohr für Berufsschulen

DIE LINKE Abgeordnete kommen ins Gespräch

In Thüringen gibt es insgesamt 99 berufsbildende Schulen in denen aktuell ca. 40.000 Schüler:innen ausgebildet werden. Seit Mitte Februar sind die Abgeordneten des Arbeitskreises Bildung, Jugend, Sport zu Besuchen an den Thüringer Berufsschulen in Erfurt, Eisenach und Mühlhausen unterwegs gewesen.

### Situation der Schulen

An regional wichtigen Berufsschulzentren informierten sich der bildungspolitische Sprecher Torsten Wolf und der ausbildungspolitische Sprecher Daniel Reinhardt über die Personal- und Technik-Ausstattung der Schulen und den Stand der Digitalisierungsprozesse. Mit Vertreter:innen der Schulleitungen, der Lehrkräfte und der Schüler:innenschaft diskutierten sie über die Schulnetzplanung, das Beamtenrecht sowie das Zusammenwirken von Land und Landkreisen als Schulträger. Die Parlamentarier berichteten über den in den Ausschuss überwiesenen Schulgesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen. Auch Fragen der Mitbestimmung von Schüler:innen an den beruflichen Schulen sowie Bedarfe an Schulsozialarbeit und staatlicher Unterstützung für Fahrt- und Unterbringungskosten wurden angesprochen. In den bisher stattgefundenen Gesprächen wurde deutlich, dass die allgemeine Personalsituation an den

Berufsschulen offensichtlich nicht das größte Problem für die Schulen darstellt.

### Digitalisierung voranbringen

Als größeres Problem beschrieben die Schulen die Ausstattungsschwierigkeiten im Umfeld der Digitalisierung, die

Kriterien für Verteilungsentscheidungen von Fachklassen (Wechsel von einer Schule an eine andere) und Weiterbildungsprobleme der Lehrkräfte. Erfahrungsgemäß nehmen neue Lehrkräfte als Seiteneinsteiger:innen an den Berufsschulen eine besonders starke Position ein: hier gibt es eine größere Zahl an positiven Rückmeldungen.



Kati Engel, Torsten Wolf und Daniel Reinhardt in Eisenach  
Zu Besuch im staatlichen Berufsschulzentrum „Heinrich Ehrhardt“

### Spielräume ermöglichen

Gerade bei personal- und beamtenrechtlichen, aber auch bei finanzrechtlichen Fragen wünschen sich einige Schulen größere Spielräume. Es wurde sich gegenüber den Abgeordneten gewünscht, Dinge auch ohne einen längerfristigen Austausch mit dem Schulamt entscheiden zu können. Hier war es sehr hilfreich, dass auch die Abgeordneten der jeweiligen Wahlkreise in Erfurt, Eisenach und Mühlhausen an den Terminen in den Berufsschulen teilnahmen. Karola Stange, Kati Engel und Cordula Eger konnten so aktiv an den Gesprächen teilnehmen und einige lokale Themen z. B zur Breitbandversorgung und zu andere Schulträgeraufgaben mitnehmen. Bei der Verabschiedung stand das Versprechen, weiter in engem Kontakt zu bleiben und bezüglich angesprochener Probleme eine baldige Rückmeldung zu liefern.

Für die Landtagsabgeordneten des Bildungs-Arbeitskreises ist das Wissen um die Probleme und die Sicht der Akteure vor Ort in hohem Maße leitend für das eigene politische Handeln. Denn ohne Praxisnähe und den Einsatz für menschnahe Problemlösungen im Großen wie im Kleinen kann keine gute Politik im Thüringer Landtag vorgebracht werden. Der Arbeitskreis zeigte sich deshalb sehr dankbar für die Gespräche.

# Gemeinsam solidarisch zusammenleben

Karola Stange feiert 10. Jahresempfang im Queeren Zentrum Erfurt

Anfang Februar fand der zehnte sozialpolitische Jahresempfang der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales, Karola Stange, statt, das erste Mal im Queeren Zentrum Erfurt. Ganz bewusst, da es nicht selbstverständlich war, ein solches Zentrum für Thüringen zu haben. Stange setzte sich stark dafür ein und befürwortete auch den Standort in Erfurt. „Es hat viel Kraft gekostet und wir sind froh, heute hier zu sein!“ Circa 70 Personen aus 30 verschiedenen Vereinen und Verbänden waren zu Gast. Ebenso Ministerpräsident und Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow.

Stange blickte auf das Jahr 2023 und betonte, wie wichtig es sei, einen Landeshaushalt im Thüringer Landtag verabschiedet zu haben. Freiwillig Leistung für Träger wie das queere Zentrum hätte es ohne den Haushalt nicht gegeben. Er sei damit von „existenzieller Bedeutung“. Die Abgeordnete stellte darüber hinaus drei Schwerpunkte ihrer sozialpolitischen Arbeit heraus:

## Solidarisch zusammenleben

Das Landesprogramm solidarisches Zusammenleben hat viele wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Damit habe Thüringen die Familienpolitik neu ausgerichtet: Egal ob Familienzentrum, Seniorenbeauftragte, Pflegestützpunkt oder Bürgerbus - was in welcher Höhe gefördert wird, entscheidet seit Anfang 2019 nicht mehr das Land Thüringen, sondern jeder Landkreis bzw. jede kreisfreie Stadt selbst. Die Angebote werden lokal geplant und umgesetzt - dort, wo sie auch benötigt werden.

## Alterseinsamkeit entgegen

Weiter hob Stange das Projekt „AGATHE“ hervor. „Ich bin glücklich, dass ich heute auch AGATHE Vertreter:innen hier habe. Mit dem Programm möchten wir erreichen, dass die Gesellschaft auch an die Bedürfnisse von älteren Menschen denkt. Ältere Menschen brauchen Möglichkeiten, wie sie an der Gesellschaft teilhaben können. Für Einsamkeit darf kein Platz sein.“ Im Programm AGATHE beraten Fachkräfte ältere Menschen, die einsam werden könnten oder schon einsam sind. So erfahren die Menschen von Angeboten, durch die sie am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen können.

## Sinnesbehindertengeld

Die aktuellen Preissteigerungen sind für taube, blinde oder taubblinde Menschen eine besondere Herausforderung. „Die Absicherung ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss deshalb besonders berücksichtigt werden.“ Das in Thüringen ausgezahlte Sinnesbehindertengeld betrug bis dato 400 Euro pro Monat. Es wurden seit mehr als vier Jahren keine Preiserhöhungen berücksichtigt. „Im beschlosse-



nen Haushalt ist nun eine Erhöhung von 472 Euro vorgesehen. Das ist ein guter Anfang“, erklärt die Sozialpolitikerin.

Bodo Ramelow bedankte sich in seinem Grußwort bei Karola Stange: „Ich will dir danken, dass du seit vielen Jahren das soziale Gewissen bist. Die Themen, die du ansprichst, sind immer wieder sehr wichtig.“ Im Landtag müsse man sich schon seit dem Einzug der AfD mit direkter Transfeindlichkeit auseinandersetzen und auch in der Gesellschaft gäbe es Menschen, die diese Positionen leider weiter unterstützen. Spätestens seit dem die CDU Fraktion im Thüringer Landtag einen Antrag einreichte, der bestimmen soll, dass der Landtag und die Landesregierung in der öffentlichen Kommunikation nicht mehr gendern und diesem mit Stimmen der AfD zugestimmt wurde, wird auch die Haltung der CDU immer deutlicher. „All das zeigt uns, wir können Veränderungen nur voranbringen, wenn wir beharrlich sind. Wenn einzelne Gruppen allein gelassen werden, dann müssen wir sehen, wie wir einen gemeinsamen Schutzraum um sie bauen können“, so Ramelow.

Luna, die Projektkoordination der Queer Peers im Queeren Zentrum, bedankte sich bei Stange und Ramelow für die Unterstützung und beschrieb, wie das Zentrum innerhalb kürzester Zeit eine Beratungs- und Bildungsstelle mit Begegnungsangeboten für ganz Thüringen wurde. „Queere Geflüchtete sind ein Bereich, der in Politik und Gesellschaft noch nicht ausreichend mitgedacht wurde. Wir möchten hier mit anderen ins Gespräch kommen, denn die Zeit drängt für die Menschen“.

Das Zentrum befindet sich in Erfurt in der Johannesstraße 52 und hat Montag bis Donnerstag geöffnet.



# „Wir müssen mit den Thüringer Kommunen sprechen“

Erste Besuche des Jahres zeigen Erfolge und Herausforderungen

Regelmäßig im Verlauf des Jahres besuchen die Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE ihre Wahlkreise. Knut Korschewsky, Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE führte die Tour Anfang des Jahres von Sonneberg über Förritzal nach Steinach, Frankenblick und Schalkau. Begleitet wurde er von Thüringens Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Susanna Karawanskij, sowie Mitgliedern des Sonneberger Kreisverbandes der LINKEN.

## Städtebauförderung

In der Kreisstadt Sonneberg umriss Bürgermeister Dr. Heiko Voigt die aktuellen Entwicklungen in Sonneberg und stellte verschiedene Projekte vor, die durch die Städtebauförderung umgesetzt werden. Die Städtebauförderung ist eine Gemeinschaftsfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Deckung der Kosten zur Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. „Unser Stadionkomplex ist hierfür ein Paradebeispiel. Mittlerweile haben wir den Bewilligungsbescheid und das Projekt kann fortgeführt werden“, erklärt der Bürgermeister. Zukünftig soll noch ein großes Freizeitareal für Kinder und Jugendliche entstehen. „Mit der weitläufigen Anlage habe es Sonneberg von einem der schlechtesten zu einem der besten Stadien des Bundeslandes gebracht“, so Knut Korschewsky.

## Flächennutzungsplan

Die Gemeinde Förritzal ist sehr beliebt wegen ihrer guten Infrastruktur mit Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung und mehrere Freizeitangeboten. Der Bürgermeister Andreas Meusel aus Neuhaus-Schierschnitz zeigte den Besuchenden jedoch

auch die Bedarfe auf. So müsse ein Flächennutzungsplan für die Gesamtgemeinde her, was aber am Umstand nichts ändere, dass wenig Bauland vorhanden sei. Weitere Herausforderungen für Förritzal sind das Löschwasserkonzept und der Bau eines Kindergartens.

## Abwanderung

Die Stadt Steinach als anerkannter Erholungsort sieht ihre Herausforderung vor allem in der stetig sinkende Einwohnerzahl. Zwar halte die Stadt eine intakte Infrastruktur vor, allerdings ziehen vor allem junge Leute arbeitsbedingt und wegen der besseren Bezahlung in das benachbarte Bayern. „Da Ende 2013 das damalige „Oberland“ nicht an Steinach, sondern an Sonneberg angeschlossen wurde, fühle man sich zwar in der Mitte des Landkreises, aber völlig alleine gelassen. Es fehlt nun das entsprechende Umfeld. Die Orte des damaligen Oberlandes nutzen weiterhin komplett die Infrastruktur von Steinach. Auch die benachbarte Stadt Lauscha, mit der es schon Fusionsabsichten gab, sieht sich eher nach Neuhaus am Rennweg gezogen“, so Stadtchef Ulrich Kurtz.

Die Stadt Steinach will in bester Innenstadtlage ein attraktives Wohngebiet mit möglichst vielen barrierefreien Wohnungen für junge und ältere Leute und einen Kindergarten haben. Wie Kurtz erklärte, bestehe in Steinach eine große Nachfrage nach modernen Mietwohnungen. Die Ministerin ermunterte den Bürgermeister, bei den Plänen für die Entwicklung des Gebietes die Hilfe des Ministeriums in Anspruch zu nehmen. Steinachs Ziel ist es, mit dem Ortszentrum in die Städtebauförderung zu kommen.

Weiter wollten die Politiker Karawanskij und Korschewsky wissen, wie es um die Skiarena Silbersattel, Thürin-

gens größtem Skigebiet, steht. Der Stadtchef bedankte sich bei Korschewsky für den bisherigen Einsatz für das Skigebiet, welches auch durch eine Sommernutzung für Biker umgestaltet wird. Kurtz skizzierte den langen steinigen Weg dieses Projektes. Bis 2016 war die Stadt Betreiber. Nun ist die kommunale Freizeitanlage an einen privaten Betreiber verpachtet. Kurtz zeigte sich zufrieden mit dieser Lösung. Die Ausbaupläne sehen ein Volumen von 15 bis 16 Millionen Euro vor.

## Regionale Betriebe

„Durch gesunkene Gewerbesteuer-einnahmen fehle auch für die Erschließung von notwendigem Bauland derzeit das Geld“, so Ute Müller-Gothe, Bürgermeisterin von Frankenblick. In diesem Zusammenhang betont die Bürgermeisterin, dass es wichtig sei, alle Betriebe in der Gemeinde am jeweiligen Standort zu halten. Um Hilfe bei der Suche nach Fördergeldern bat deshalb Müller-Gothe die Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft Susanna Karawanskij sowie den Linke-Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky.

## Die Seele der Kommunen

Weiter erkundigte sich Knut Korschewsky nach dem Schwimmbad der Gemeinde. Dabei wurde deutlich: Ohne die Stadt geht nichts. „Der Verein ist uns eine große Stütze, sehr engagiert und erbringt auch viele Leistungen. Doch die Stadt muss die Kosten für Unterhalt und Investitionen tragen und auch die Reinigungskraft und der Schwimmmeister sind über die Stadt angestellt“, führte Ute Hopf aus. Ein Vereinsstammtisch bringt die 36 Vereine regelmäßig mit Bürgermeisterin und Stadträten ins Gespräch. Darüber zeigte sich Knut Korschewsky erfreut.

## Dekarbonisierungsstrategie vorantreiben – Arbeitsplätze sichern

Kürzlich war eine Thüringer Delegation des Wirtschaftsministeriums in die USA gereist. Wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Andreas Schubert, nahm daran teil. Während des Aufenthalts in Kalifornien besuchte die Delegation unter anderem das Global Engagement Office an der UC Berkeley; das SLAC National Accelerator Laboratory an der Stanford University; das California State Assembly, sowie die Unternehmen Intel, ZEISS Group und SAP. Hinzu kamen mehrere Netzwerkveranstaltungen mit amerikanischen Firmen. Bei der Reise wurde unter anderem über den Einsatz auch öffentlicher Mittel zum Umbau einer klimaneutralen Wirtschaft gesprochen. Andreas Schubert resümierte: „Entwicklungen wie in den Vereinigten Staaten zeigen uns, dass wir bei Themen wie erneuerbare Energiequellen, Energieeffizienzsteigerungen und -einsparungen in Deutschland und auch in Thüringen Nachholbedarf haben. Mit dem milliardenschweren Investitionspaket Inflation Reduction Act (IRA) nehmen die USA auf diesem Weg Geschwindigkeit auf. Es ist daher jetzt an der Zeit, eine Dekarbonisierungsstrategie für Thüringen aufzulegen, zügig umzusetzen und somit auch die Sicherung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten.“

Inzwischen steigt auch innerhalb der Bundesrepublik der Wettbewerbsdruck zwischen den Ländern, wie Entscheidungen im Saarland und Brandenburg für Transformationsmaßnahmen belegen. „Um nicht zurückzufallen, braucht Thüringen eine Dekarbonisierungsstrategie, die alle Maßnahmen bündelt und Investitionsentscheidungen unter dem Aspekt der sozial-ökologischen Transformation und dem Erreichen des 1,5-Grad-Ziels priorisiert. Kurzfristig sollten dafür die finanziellen Mittel im Sondervermögen genutzt werden, die nicht für Unternehmenshilfen gebraucht werden“, erklärt Schubert. Auch der DGB fordert für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation mehr öffentliche Investitionen. Mit Blick auf die Zukunftschancen des Wirtschaftsstandortes Thüringen appelliert der LINKE-Abgeordnete: „2023 muss zum Jahr der gerechten Transformation werden. Dafür müssen jetzt auch finanziell die Weichen gestellt werden, denn je schneller dieser Umstrukturierungsprozess auf den Weg gebracht wird, umso größer sind die Zukunftschancen für den Freistaat, auch bezüglich Energiesicherheit und Preisstabilität.“



Ministerin Susanna Karawanskij und Knut Korschewsky zu Besuch beim Bürgermeister Dr. Heiko Voigt in Sonneberg

@linke\_thl

# PREISRÄTSEL

Unter allen Einsendungen verlosen wir **als Hauptpreis eine Führung durch den Thüringer Landtag mit unserem Fraktionsvorsitzenden Steffen Dittes**, sowie fünf **Büchergutscheine im Wert von 20,00 - 50,00 Euro**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. **Zuschriften bis 31. März 2023** an: Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, hilpert@die-linke-thl.de. Absendeadresse bitte nicht vergessen! Die Daten werden lediglich für die Gewinnermittlung und Benachrichtigung der Preisträger:innen verwendet und anschließend gelöscht.

nordische Währungs-einheit	Klage-lied	germa-nisches Schrift-zeichen	Unver-heirateter	über-dachter Vorbau am Haus	Fußball-begriff	Schiffs-seil	Fluss in Mecklen-burg-Vorpommern	italie-nische Wein-stadt	gleiten, fallen; unter-gehen	landwirt-schaftliches Gerät	eng-lisch: eins
→	↙	↘	Abkür-zung für et cetera	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	Zucker-rohr-brannt-wein
durch-triebene Person	↘	↘	↘	Futter-pflanze	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
Astro-loge Wallen-steins	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
kontra, anti	↘	Körper-hülle	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
wieder-holt, öfters	Geschick-lichkeits-spiel	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
Bast-faser	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
Ret-tungs-medi-ziner	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
US-Film-legende (Hum-phrey)	Gewürz-, Heil-pflanze	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
respek-tieren	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
Dynastie im alten Peru	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙
geist-liches Lied	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙	↙

Impressum  
 Herausgeberin:  
 Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag  
 Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
 Redaktion: Lisa Hilpert  
 V.i.S.d.P.: Olaf Weichler  
 Telefon: 0361 377-2620  
 E-Mail: weichler@die-linke-thl.de  
 Web: www.die-linke-thl.de  
 Redaktionsschluss: 15. Februar 2023

**Den Neuen per Mail?**

Alle zwei Wochen - jetzt auch als Newsletter

**Hier kostenlos anmelden:**

www.die-linke-thl.de/pr

